

Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal

Ämliches Verordnungsblatt



Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie“ 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einseitige Grundzeile (Zeile, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Hsa., die Restzeile (Zeile, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 96.

Steinheim, Dienstag, den 13. September 1921.

28. Jahrgang.

Reichstrene.

Während man während des Krieges oft genug versucht hat, von außen her die Einheit des Reiches zu sprengen und vor allem Bayern zum Abfall vom Deutschen Reich zu bewegen, ist in den letzten Monaten in Bayern selbst ein anscheinend so tiefgehender Gegensatz zum übrigen Deutschland entstanden, daß gerade jetzt, in den schweren innerpolitischen Wirren, im Süden der Gebirge propagiert wird, aus dem Reichsverbande auszutreten. Obwohl das bayerische Volk in seiner Gesamtheit zur Einheit des Reiches sich bekennt, könnte doch der Gedanke eines Tages Tat werden. Daher ist vielleicht eine kurze Betrachtung darüber, durch welche starken wirtschaftlichen Interessen Bayern dem Reich verbunden ist, und was es ohne das Deutsche Reich sein würde, wohl angebracht. Zunächst ist Bayern für seine aufblühende Industrie auf Kohle und Eisen-erze aus dem übrigen Deutschland angewiesen. Ein Abstreifen von den norddeutschen Bezugsquellen würde jede Entwicklung im Reine erschweren. Für seine landwirtschaftlichen Produkte ist der Norden des Reiches das gegebene Absatzgebiet. Die landwirtschaftliche Bevölkerung, die in Bayern 40 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, wäre durch ein Auscheiden aus dem Reiche aufs schwerste geschädigt, abgesehen davon, daß sie ihre künstlichen Düngemittel von da bezieht. — Neben wirtschaftliche Zukunft hängt zu erheblichem Teil mit der Verwirklichung der weitestgehenden Ziele seiner großzügigen Donaupolitik zusammen. Aus dem Reiche rein landwirtschaftlichen Bayern ist nicht zuletzt durch die Donau ein Verkehrszentrum geworden. Durch die geplante Rhein-Donau-Verbindung wird diese Entwicklung gefördert werden. Hier aber tritt das Reich mit Gedächtnis ein und hat auch die Vorarbeiten und den Beginn der technischen Arbeiten zum Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals, der ja vor allem Bayern zugute käme, ins Werk gesetzt. Auch durch diese neuen Verkehrsstrahlen wird die Verbindung von Nord- und Süddeutschland noch enger werden, als sie jetzt schon ist. Eine Lösung heute aber wäre wirtschaftlicher Ruin des dann auf sich selbst angewiesenen Landes. Kein fremder Staat, auch Deutsch-Oesterreich nicht, könnte ersetzen, was durch Lösung von Norden verloren ginge. Darum darf trotz augenblicklicher Verärgerung und Mißstimmung gegen das Reich die vor 50 Jahren so schwer erlittene Reichseinheit nicht aufgegeben werden. Die Deutschen müssen ihren engherzigen Partikularismus überwinden und den Blick auf das große Ganze richten. Heute muß die Treue zum Reich ebenso stark sein wie die Treue zur engeren Heimat.

Frankenumlauf im Saargebiet.

Nach einer Verfügung der Regierungskommission des Saargebietes müssen vom 1. April 1922 ab die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeindeverwaltungen in Franken entlohnt werden, weil das in zahlreichen Eingaben verlangt worden sei. Da die Gemeinden gleichzeitig angewiesen wurden, sich diese Franken durch Einkünfte zu beschaffen, werden wohl vom genannten Zeitpunkt ab die Gemeinden auch ihre Gehälter und Steuern nicht mehr in Mark, sondern in Franken erheben müssen.

Die Verfügung der sogenannten Völkerbundsregierung an der Saar zeigt mit dieser neuesten Verfügung wieder einmal klar, daß sie folgerichtig die französische Angliederungspolitik unterstützt. Schritt um Schritt bahnt sie dem Franken den Weg, schaltet sie die Mark aus. Dem Frankenumlauf bei der Verkehrsanstalten folgt jetzt der zwangsweise Frankenumlauf im Gemeindeleben, der noch weit tiefer in die Wirtschaftsbeziehungen des Saargebietes eingreift, in denen laut Friedensvertrag die Reichsmark gesetzlich Währung zu bleiben hat. Die Saarregierung hat es meisterhaft verstanden, durch fortwährende vermehrte Frankenumlauf das Land von einer Krise in die andere zu stoßen, und stets betont sie dann die Krise entsteht nicht durch den verstärkten Frankenumlauf, sondern durch die immer noch im Handel allein geltende Reichsmark. Gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Lage im Saargebiet der größten Krise zuzieht, stößt sie die Gemeinden in neue Geldsorgen, denn beim Stande des Franken gegenüber der Mark müssen die Gemeinden jetzt weit höhere Gebühren ihrerseits einzahlen, also ihre Steuern, Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise usw. stark erhöhen, so daß das Land neuer, geldlicher Belastung ausgesetzt wird und in neue Krisen gerät. Dann wird man sagen, der Umstand, daß der Handel noch mit der Mark arbeitet, trägt die Schuld an den neuen Nöten und wird diesem zur Frankenumlauf zu befehlen versuchen, damit die wirtschaftliche Grenze gegen Deutschland immer schärfer wird.

Der Umstand, daß sich die Saarkommission bei ihrer neuesten Verfügung auf Eingaben kommunaler Räte und Gemeindevorstände berufen zu können, bezeugt dabei gar nichts; man hätte die Gemeindevorstände und nicht die Räte hören sollen, die lediglich aus dem gegenwärtig hohen Stand des Franken eigennützige Forderungen ziehen wollen, ohne zu bedenken, wie sehr durch diese neue Verfügung die Gemeinden, ihre Arbeitgeber also, belastet werden.

Der Saarregierung war es aber nur um den verstärkten Frankenumlauf zu tun, sie will die Mark endgültig verdrängen. Das ist die „Trennpolitik“ der Völkerbundsregierung an der Saar in einem Augenblick, in dem in Genf Völkerbund und Völkerbunds-rat gleichzeitig tagen. Man weiß an der Saar, daß Genf schweigen wird, darum regiert man im Interesse Frankreichs darauf los und stürzt das Land in neue Krisen.

Die Münchener Krise.

Bayern gegen das Kompromiß.

Die Spannung zwischen dem Reich und Bayern, die durch das günstige Ergebnis der Verhandlungen des Reichstages mit der bayerischen Delegation in Berlin nahezu beseitigt zu sein schien, hat sich neuerdings wieder verschärft.

Wie der „Berliner Volksanzeiger“ aus München berichtet, hat der bayerische Ministerpräsident das Berliner Kompromiß in vollen Umfang mit fünf gegen zwei Stimmen abgelehnt und wird dem Koalitionsausschuß des Landtages empfehlen, sich ihm anzuschließen. Die Verhandlungen mit der Regierungspartei haben bereits begonnen.

Der Ministerpräsident v. Kahr und mit ihm die Mehrheit des Kabinetts stehen auf dem Standpunkt, daß die Rechte Bayerns gewahrt werden müssen. Gemeint ist offenbar damit die Unantastbarkeit der Polizei- und Justizgewalt. Wie verlautet, soll der Ministerpräsident seinen Rücktritt angekündigt haben, wenn der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben werde.

Der Beschluß des Ministerrats wird zweifellos, abgesehen von dem gespannten Verhältnis zum Reich, auch in Bayern ernste Folgen nach sich ziehen. Zunächst wird man mit einer Aufspaltung der Demokraten von der Regierungskoalition rechnen müssen, nachdem die beiden demokratischen Minister von ihren fünf Kollegen überstimmt worden sind. Die bisherige Regierungskoalition im Landtage zählte 110 bürgerliche Mitglieder (65 Bayerische Volkspartei, 20 Mittelpartei, 13 Demokraten und 12 Bauernbündler), denen 48 Mitglieder der sozialistischen Linken gegenüberstehen.

In der Presse kommt der Ernst der Situation deutlich zum Ausdruck. Die sozialistische „Münchener Post“ fordert die Arbeiterkraft auf, höchste Bereitschaft zu halten. Wenn je, so seien jetzt notwendig eigene Disziplin, Ruhe, nähere Erwägung und im rechten Augenblick kluges, entschlossenes Handeln und unbegrenzter Opfermut. Die deutsche nationale „Münchener Allgemeine Abendzeitung“ dagegen schreibt, eine Preisgabe des Ministerpräsidenten v. Kahr im gegenwärtigen Augenblick heiße nichts anderes als Kapitulation vor der Straße.

Stark zunehmende Teuerung.

Die Indexkurve steigt.

Das Statistische Amt in Mainz berechnet laufend die Indexkurve der Teuerung, die für den Stand am 1. September eine erhebliche Erhöhung von sieben Punkten aufwies, nachdem die letzten Monate nur ein allmähliches Ansteigen der Kurve hatten erkennen lassen. Die Indexkurve stellt sich bei der Berücksichtigung von fünfzig wichtigsten Lebensbedürfnissen auf 155, bei einem Relativstand von 100 am 1. Januar 1920, einem Höchststand von 162 am 1. Januar 1921, einem Tiefstand von 145 am 1. Juli 1921. Hauptursache sind die Verteuerungen durch den Rohstoffmangel, die Erhöhung der Marktpreise und der Brotpreise, die erst mit einer Pause in Erscheinung kommen.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Die Organe der Rohstoffwirtschaft in Berlin nahmen zu der Kohlenpreisfrage Stellung, nachdem durch die letztigen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bergbaues eine Lohnerhöhung ab 1. September von 7½ bis 10 Mark durchschmittlich je Mann und Schicht teils fest vereinbart teils in der Schwebe ist. Es wurde beschlossen, die Lohnerhöhung durch eine entsprechende Preiserhöhung in den einzelnen Steinkohlen- und Braunkohlenrevieren abzugelten. Die Preiserhöhung für das rheinisch-westfälische Revier wird demgemäß ab 1. September 1921 21 Mark je Tonne ausschließlich der Steuern betragen. Der Beschluß erfolgte einstimmig und eine Veranstandung durch die zuständigen Regierungsstellen fand nicht statt.

Preissteigerung auf dem Produktmarkt.

Wie aus dem Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrates hervorgeht, hatte während des größten Teiles der letzten Berichtswoche die Marktlage für Weizen schwach gelegen, weil auch für Weizenmehl der Absatz von Tag zu Tag schlechter geworden war. Die Konkurrenz der kleinen Provinzmühlen machte sich im Geschäft unserer Mehlmüller fühlbar. Dem entsprechend verminderte sich die Nachfrage für prompten Weizen, während für spätere Lieferung ziemlich gleichmäßige Kaufneigung bestand. Das Inland war mit seinen Verläufen auf die nächsten Monate vorsichtig geworden, in dessen kam dies in einer merklichen Preissteigerung zum Ausdruck, als

die Steigerung der ausländischen Devisen mit einer gleichzeitigen Hochbewegung der amerikanischen Preise sich vereinte. So zogen zum Schluß der Woche fast allgemein für prompte wie auch spätere Lieferung die Preise an und die Kaufkraft nahm zu. Dabei ist bemerkenswert, daß die Hausbewegung Amerikas sich zum Teil auf Ursachen aufbaute, welche in regelmäßigen Zeiten für uns eigentlich hätten brütend wirken müssen. Im ganzen dürften die letztwöchentlichen Abladungen nach unserem Lande von Amerika her sich auf rund 140–150 000 Tonnen belaufen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 12. September 1921.

„Haus Doorn unter Zensur.“ Nach einer Reutersmeldung wird der ehemalige deutsche Kaiser Wilhelm II. von jetzt ab durch die niederländischen Behörden sehr scharf überwacht. Um seinen Hofstaat Doorn sind Drahtverhaue errichtet worden. Der Kaiser darf nicht einmal mehr ohne Ermächtigung von seiner Villa aus Spaziergänge unternehmen. Sämtliche nach dem Haus Doorn gehende und von dort auslaufende Brief- und Telegrammpost des Kaisers ist unter die Zensur der holländischen Behörde gestellt worden. Sendungen mit politischem Charakter, die an den Kaiser gehen, werden diesen nicht mehr ausgereicht. Die holländische Regierung teilte der englischen offiziell mit, daß die Überwachung des Kaisers verschärft worden ist.

„Demonstrationsverbot für Hannover.“ Der Oberpräsident von Hannover, Kossel, hat Demonstrationszüge von einem Ort zum anderen im Bereiche der Provinz Hannover auf Grund des Par. 4 der Verfassung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 verboten, da in der letzten Zeit dabei Gewalttätigkeiten gegen Sachen und Personen verübt worden sind und für die Zukunft befürchtet werden müssen. — Es handelt sich in diesem Falle vornehmlich um antisemitische Demonstrationen, die, wie gemeldet, zu großen Ausschreitungen geführt hatten.

„Frankreich gegen die Aufhebung der Zollgrenze.“ In der Note des Obersten Rates an Deutschland war die Aufhebung der Rheinzollgrenze zum 15. September in Aussicht gestellt, falls die Goldmilliarde am 31. August voll bezahlt würde. Außerdem sollte sich Deutschland mit der Schaffung eines interalliierten Lebensmittelversorgungsrates im besetzten Gebiet einverstanden erklären, dem die Prüfung und Ausfertigung der Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Ententewaren obliegen sollte. Inzwischen hat Deutschland die Reparationsrate gezahlt und sich mit der Einsetzung der neuen Ententebehörde einverstanden erklärt. Die deutsche Regierung knüpfte aber dieses Zugeständnis an die Voraussetzung, daß das alliierte Organ sich mit seiner auf das besetzte Gebiet beschränkten Tätigkeit jeder Einmischung in die deutsche Exekutive enthalten wird. Dieser Vorbehalt der deutschen Regierung wird jetzt von den Franzosen als Vorwand benutzt, um die Aufhebung der Zollgrenze zu verhindern. Ein Telegramm des „Petit Parisien“ aus Mainz läßt die Möglichkeit voraussehen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen noch nicht am 15. September aufgehoben werden, und zwar weil Deutschland noch nicht in zufriedenstellender Weise auf die Entscheidung des Obersten Rates geantwortet habe. Es sei wahrscheinlich, daß deshalb eine neue Note an die Reichsregierung gefandt werde oder bereits gefandt worden sei. Wenn Deutschland bis zum 15. September nicht die Vorschläge der Alliierten ohne weiteres annehmen sollte, sollten die getroffenen Maßnahmen beibehalten werden. — Eine neue Note, von der „Petit Parisien“ spricht, ist in Berlin noch nicht eingetroffen.

„Zurückziehung der belgischen Truppen aus den Ruhrgebieten.“ Nach einer Brüsseler Meldung des „Journal des Debats“ hat der belgische Minister für nationale Verteidigung im Einvernehmen mit dem Oberkommandierenden der Besatzungstruppen beschlossen, die 12 000 Mann belgischer Truppen, die sich seit der Londoner Konferenz im besetzten Gebiet in Deutschland befanden, und für die eventl. Befestigung des Ruhrgebietes bestimmt waren, am 15. September in ihre Standorte in Belgien zurückzuführen. Nachdem die deutsche Regierung nunmehr ihre Verpflichtungen erfüllt hat, sei die belgische Regierung der Auffassung, daß diese Truppen nicht mehr in den Ruhrgebieten verbleiben können. — Ob die Franzosen sich nun endlich auch dazu entschließen werden, ihre Truppen auf das linke Rheinufer zurückzunehmen?

„Zerstörung des Danziger Kriegsflugzeuggeräts.“ Die Votjastertkonferenz hat eine Entscheidung über das gemäß dem Friedensvertrag in das Eigentum der alliierten und assoziierten Hauptmächte übergegangene zurzeit in Danzig befindliche ehemalige Kriegsflugzeuggerät gefällt. 18 der alten Fahrzeuge, die bereits durch den ehemaligen Vertreter der alliierten und assoziierten Hauptmächte, Oberstleutnant Strutt, freigegeben wurden, können ihre Flüge wieder aufnehmen. Alles übrige Kriegsflugzeuggerät muß in dessen zerstört werden. Mit der Zerstörung wird sich der Reparationsausschuß der Votjastertkonferenz befassen. Bezüglich des in Danzig befindlichen Stützpunkts für Flugzeuggeräte schreiben noch Verhandlungen.

Alle Herbst-Neuheiten sind jetzt in größerer Auswahl am Lager und können wir mit Recht behaupten, daß Sie nirgends besser, nirgends vorteilhafter einkaufen können.

Altenbeken.

VII.

Det beste Leben hab' ich doch,
 So kann mir nich beklagen,
 Pfeift noch der Wind durchs Ermeloch,

Robert Mich.

**) Zur Anknüpfung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen. Das japanische Konsulat in Köln teilt mit, daß die medizinischen Fakultäten in Japan eine Summe von 450 000 Mark zur Beteiligung unter die deutschen und österreichischen medizinischen

handlung wurde festgestellt, daß er auch
ein Abenteuererleben in aller Welt geführt hat, was
niemals deutscher Offizier gewesen ist. Der Staats-
anwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Das Urteil
lautete auf 1000 Mark Geldstrafe wegen vollendeten
Betrug.

Herbst- u. Winter-Saison 1921.

Täglich Eingang von Neuheiten
in Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion.
• • Kleider-, Blusen- und Costüme • •
== in grosser Auswahl. ==

Carl Herzfeld, Steinheim.

Deutsches Geld für polnische Mörder.

Die Gerechtigkeit der französischen Machthaber ist so weltbekannt, daß man nicht recht einsehen kann, warum sie sich immer von neuem Mühe geben, sie der staunenden Menschheit vor Augen zu führen.

Im Anfang der räuberischen Erhebung polnischer Insurgenten haben 20 Italiener, Offiziere und Mannschaften, unter den blutigen Händen polnischer Mordbuben ihr Leben lassen müssen. Nach längeren Verhandlungen hat die italienische Regierung in Polen's Hauptstadt, in Warschau, als Schadenersatz 7 Millionen Lire gefordert. Das ist bei der gegenwärtigen polnischen Wertaufschöpfung ein hübsches Stümmchen. Aber man rechnet einen Augenblick aus, was wohl die Franzosen gefordert hätten, wenn 20 Glieder dieses glorreichen Volkes in Deutschland ihr Leben verloren hätten. Immerhin, — Polen jammert, — 7 Millionen Lire, — wozu nehmen? Und dann die Schande. Es ist zwar bei den Herren in Warschau scheinbar nicht schändlich, aber ein friedliches Volk herzuführen, zu fesseln, zu plündern und zu morden, — aber schändlich ist es, dafür bezahlt zu werden. Was tut man? Wozu hat Polen die Freundschaft der großen Nation? Und wozu führt ein französischer General in der Entente-Kommission in Oberschlesien den Vorfall? Unter dem 20. Mai erhält der Direktor der Bank für Handel und Industrie in Opatowitz folgendes, vom Chef des Finanzdepartements der Interalliierten Kommission unterzeichnetes Schreiben:

„Ich habe die Regierungshauptkassette angewiesen, Ihnen durch die Reichsbankstelle, hier, die Summe von 24 Millionen Mark gut zu schreiben. Ich bitte Sie, sofort 7 Millionen Lire für Rechnung der italienischen Staatskasse auf die Bank von Italien in Rom überweisen zu lassen. Wenn zur Durchführung dieser Zahlung die Eröffnung eines besonderen Kontos erforderlich sein sollte, so wäre dies genehmigt von dem Konto der Interalliierten Regierungskasse und Abstimmungskommission zu führen. Sollte die Summe von 24 Millionen Mark nicht hinreichend sein, so würde Ihnen der Rest noch überwiesen werden, sobald die Höhe des Betrages für Ausführung der gedachten Zahlungsoperation genau feststeht. Dingen würde ein einmaliger Überweisung wieder an die Regierungshauptkassette zurückzuführen sein.“

Wenn in Oberschlesien nicht schon so Angehörige des Volkes getötet und jeden Tag weitere neue getötet werden, möchte man dieses Verfahren doch die Krone der polnischen Mordbuben und Gerechtigkeit nennen. Also: Polnische Mordbuben überfallen die deutsche Bevölkerung eines noch nicht von Deutschland getrennten Landes; tapfere italienische Soldaten versuchen, anders als ihre französischen Kameraden, ihre Pflicht zu tun und die überfallenen Deutschen zu beschützen; sie werden dabei ermordet; die Entschädigung zahlt die Steuerkasse der Deutschen. Gerechtigkeit!

Lotales.

1. Einfuhr von „Liebesgaben“. Nach § 3 Ziffer 19 der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 5. April 1921 über Einfuhrerleichterungen bedarf die Einfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs, die aus dem Ausland nachweislich unentgeltlich zum eigenen Ge- oder Verbrauch der inländischen Empfänger eingeht, keiner Einfuhrbewilligung. Wenn bei sogenannten „Liebesgaben“ diese Voraussetzung zutrifft, können diese gleichfalls ohne Einfuhrbewilligung eingeführt werden. Die Entscheidung darüber, ob eine Sendung den Charakter als „Liebesgabe“ besitzt, liegt den Zollstellen zu. Geschenke mit ausgesprochenem Luxuscharakter dürfen von den Zollstellen als „Liebesgaben“ nicht anerkannt werden. Derartige Sendungen bedürfen daher einer Einfuhrbewilligung, die seitens des Empfängers bei der zollrechtlichen Aufhebung dieser Befreiung kann für die Warenempfänger zu Untraglichkeiten bei der Zollabfertigung führen.

2. 10 Mark für Schulverhältnis. Die bisherigen Strafen für Schulverhältnis haben entsprechend der Geldentwertung keine strafende Wirkung mehr, so daß sich einzelne Schulverwaltungen im Reich veranlaßt gesehen haben, die Schulstrafen wesentlich zu erhöhen. Im ersten Verurteilungsfall wird vielfach die Mindeststrafe von 2 Mark verlangt. Bei jeder späteren Schulverurteilung ist die Strafe für jeden Verurteilten um 50 Pfg. bis zum Höchstbetrage

von 10 Mark zu erhöhen. Die Polizeibehörden haben sich bei der Festsetzung der Strafen unbedingt an die Vorschläge in den Verurteilungslisten zu halten, sofern nicht die Umwandlung der Geldstrafe in eine Freiheitsstrafe nötig wird. Sie sind also nicht befugt, selbständig die Schulfrage überhaupt nachzuprüfen oder das vorgeschlagene Strafmaß herabzusetzen.

3. Öffentliche Fernsprecherstellen der Gemeinden. Die neue Fernsprechanordnung sieht die Einrichtung einer neuen Art öffentlicher Sprechstellen vor. Es sind dies die gemeindlichen öffentlichen Sprechstellen. Sie werden ohne Prüfung des Bedürfnisses und ohne Erhebung der Einrichtungsgebühr und des einmaligen Fernsprechtsbeitrags auf Antrag der Gemeindevertretung errichtet, wenn sich die Gemeinde verpflichtet, unentgeltlich einen geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen, die Sprechstelle unter Einziehung der bestimmungsmässigen Gebühren ohne Zuschlag zu bedienen, Telegramme anzunehmen und weiterzugeben, Telegramme an Ortsbewohner auszusprechen und zuzustellen, Personen im Ort zu Gesprächen herbeizurufen, kurze Nachrichten von auswärts an Ortsbewohner zu übermitteln, die tägliche Bekanntgabe der Zeit, ferner Kreis- und Provinztelegrame und die Wettervorhersage entgegenzunehmen, letztere auszuhängen und den Unfallmeldebediensteten zu besorgen. Die Gemeinde muß dabei eine Mindesteinnahme an Orts- und Fernsprechtsbeiträgen von 500 Mark jährlich gewähren.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

Steinheim, 13. September.

Stadtvorordneten-Sitzung am Dienstag, 6. September.

Anwesend unter dem Vorsitz des Stadtvorordneten Vorsitzenden Schriegl die Mitglieder Walter, Bork, Finkbeil, Hannibal, Jürgens, Schulte, Küting, Vöcking, Günther, Pollmann, Schreiber, Steinwart, Wörmeyer, Ottomeier, Kahlmann. Vom Magistrat waren anwesend stellvert. Bürgermeister Reineke, Beigeordneter Reimer und Ratsherr Bork.

1. Einführung des Stadtvorordneten, Schneidermeister Joh. Kuhlmann. Das durch den Magistrat des Stadtvorordneten Anton Kuhlberg erledigte Stadtvorordneten-Wahl nach dem Verhältniswahlrecht dem Schneidermeister J. Kuhlmann zufallen. Der stellvert. Bürgermeister Reineke führte den Stadtvorordneten Kuhlmann in sein neues Amt als Stadtvorordneter ein, wies ihn auf die Pflichten seines neuen Amtes hin und verpflichtete ihn sodann durch Handschlag auf sein Amt.

2. Teilung der Klassen in der gewerblichen Fortbildungsschule. Die durch die Teilung des Zeichenunterrichts der Tischlerklasse entstehenden Mehraufgaben wurden bewilligt.

3. Beitrag zum Monarchischen Blindenverein in Berlin. Dem Monarchischen Blindenverein in Berlin wurden 100 Mark bewilligt.

4. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes der städtischen Sparkasse. Die Wiederwahl des bisherigen Sparkassenvorstandsmitgliedes des Ratsherrn Döhre erfolgte durch Zufall, ohne daß sich ein Widerspruch erhob.

5. Kirchenglocken betreffend. Von dem gegenwärtigen Stande der Lieferung der Kirchenglocken nahm die Verwaltung Kenntnis.

6. Prüfung der Jahresrechnungen der Stadtkasse und der Elektrizitätskasse. Zur Vorprüfung der Jahresrechnungen der Stadtkasse der Elektrizitätskasse wurden die Mitglieder der Kassenaufsichtskommission Küting und Löwenstein und der Stadtvorordnete Vöcking bestimmt. Die Feststellung der Jahresrechnungen soll in der ordentlichen Stadtvorordneten-Sitzung erfolgen.

7. Rodenberg, 10. September. Rüdlich kam es hier zu schweren excessen. Von Varsinghausen und umliegenden Dörfern waren Arbeiter mit Frauen und Kindern über den Berg gekommen in einem etwa 2000 Personen starken Demonstrationszuge, der Tugende von roten Fahnen auswich und von einer Musikbegleitung war. In Rodenberg drangen Teilnehmer in das Herrenhaus der Tomäne ein, wo man gerade mit Besuch an der Kaffeetafel saß, trieben die Gäste auseinander und zerklühten sämtliches Kaffeegerät. Hier in Rodenberg warf man den Wollereibetrieb, der die Arbeiter gereizt hatte, vom Balkon herunter, holte den Apotheker, Aktionator Feide aus ihren Häusern und zwang beide mit republikanischen Abzeichen im Zuge mitzumarchieren. Auf dem Festplatz, wo der Kriegerverein sein Sedanfest feierte, rief man die Dekoration herunter, nahm den Mitgliedern die Gewehre weg und rief die Fahne in Segen. Auch sonst wurde noch allerlei Unfug getrieben.

Statt besonderer Anzeige!

Die glückliche Geburt eines gesunden

- Mädels -

zeigen hoch erfreut an:

Jos. Varnhagen u. Frau

Christel, geb. Kersting.

Wöbbel in Lippe, den 12. September 1921.

Bekanntmachung!

Anmeldungen für das zu Martini 1921 frei werdende Acker- und Gartenland werden bis einschließlich Mittwoch, den 14. September cr. entgegengenommen. Nach diesem Tage eingegebene Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Steinheim, den 12. September 1921.

Der Magistrat: J. D. Reineke.

- Saatgetreide -

Original Breustedt's Pottlauer Roggen

„ Breustedt's Extra-Dickopf-Weizen

Schlader Wintergerste

hat abzugeben:

Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft.

la gepflückte Birnen und Pflaumen
empfiehlt:
F. Hildebrand.

Lichtspiel
im Hotel zur Krone.

Sonntag, den 18. September
Abends 8 Uhr:

**Der grosse Henny
Porten-Film**

Anna Boleyn.

Prämiert mit

I. Preis in Paris. II. in Wien.

Der Welt-Film besteht aus
6 Akten.

1 gebrauchter Kinderwagen
zu kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle d. Bls.

- Viehmarkt -

in Steinheim am Mittwoch, 28. d. M.

Ich zeige den Eingang der Modellhüte

sowie aparter Neuheiten für Herbst und Winter ergebenst an.
Pelzhüte in grosser Auswahl.

Umgarnierungen- und Umpressen alter Hüte in kürzester Zeit.
S. Emmerich Wwe., Steinheim i. Westf.

Theod. Cobeck (Inh.: Hermann Runge)
Hauptallee -- Bad-Pyrmont -- Hauptallee.

Saison-Ausverkauf

Sonnabend, 10. September bis 20. September.

In allen Lagern enorm billige Angebote

Wollkleider 275. — Mk.	Reinw. blaue Chevot 120 cm. breit, per Meter 20 Mk.	Seidene Trikotkleider 475 Mk.
Wollene Kleiderröcke (blau Chevot) 95. — Mk.	Reinw. blaue Chevot 130 cm. breit, per Meter 64 Mk.	Wollene Sportjacken 295 Mk.
Seidene Kleider 300. — Mk.	Reinw. blaue Chevot 90 cm. breit, per Meter 29 Mk.	Wollene Jumper 180 Mk.
Flenschmäntel 275. — Mk.	Flauschstoffe für Mäntel 150 cm. breit, per Meter 69 Mk. (blau, grün, braun)	Schwarze Taffetröcke 150 Mk.
	Reinw. blaue Chevot 120 cm. breit, per Meter 20 Mk.	
	Reinw. blaue Chevot 130 cm. breit, per Meter 64 Mk.	
	Reinw. blaue Chevot 90 cm. breit, per Meter 29 Mk.	
	Flauschstoffe für Mäntel 150 cm. breit, per Meter 69 Mk. (blau, grün, braun)	

!! Besonders preiswerter Gelegenheitsposten !!

— Blaue Herren-Mützen —

aus bestem Friedens-Militär Tuch hergestellt
In Verarbeitung, mit gutem Lederschirm.
Preis nur 30 Mk. per Stück.

S. Emmerich Wwe., Steinheim.

Fischhalle, Nordsee-Pyrmont

Donnerstag früh 8 Uhr auf dem Marktplatz
in Steinheim:

Grosser Fisch- u. Räucherwaren-Verkauf!

Es kommen u. a. zum Verkauf:

Brat-, Koch-Schellfisch, Rotzunge, Scholle
Oelfardinen, Fisch-Conserven,
Räucher-Alal, -Büdinge und -Schellfisch.
Robert Fischer.

Bei ungünstigem Wetter findet der Fisch-
Verkauf im Hause des Herrn Franz
Schäfers, Höxterstrasse, statt.
Nur la Nordseeware.

F. Ottomeier, Maschinenfabrik
Steinheim i. Westf.

Gegr. 1862. Gegr. 1862.



Vertretung der Firma Dr. Lang, Mannheim
Ständiges Lager in neuen und gebrauchten
Lokomotiven, Dreschmaschinen, Motor-
dreschmaschinen und Strohpressen
Landwirtschaftliche Maschinen aller Art:
Mäh- und Drillmaschinen, Düngestreuer,
Göpel-, Häckel-, Kartoffelentemmaschinen.
Reparaturwerkstatt für Dreschmaschinen, Lokomotiven etc.
Reichhaltiges Reserveteillager.

Deutsch-amerikanischer Homoöpath

Ferdinand von Kämpf
für sämtliche Krankheiten.

Sprechstunden:

Jeden Donnerstag von 9—5 Uhr bei:

Gastwirt Breker, Steinheim.

Zu Donnerstag empfehle:

la Schellfisch la Büdinge
Ferner:
Schweizer Käse, Holländer Käse,
Edamer Käse, Camembert Käse,
Sollinger Käse, Nieheimer Käse,
Heringe mariniert, Rollmops mit Gurke
Salz- und Essiggurten.

Heinr. Lühn, Steinheim.



Alleinvertauf bei:
C. Schrader jr.

Steinheim

Begheim.



Henko
Henke'sches
Bleich-Soda
unverwundlich für Wäsche und Hausarbeit
Hersteller: Henkel & Co., Düsseldorf

Reine Frau war aber 30 Jahre
mit einer bühnen
Flecht
auf dem Leibe. Durch
Patent-Medizinale-Heile wurden
Flechten in 3 Wochen beseitigt.
Sofort ist das Leiden beseitigt.
Das Zuckerkohl-Creme (nicht
und fettlos). In allen Apotheken
Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Haarausfall
Schuppen beseitigt das
duftende Arnika-Balms
„Robin“. Jedes Haar
pflückt. Sie haben bei:
Herm. Gähler, Markt-Platz

Ein vorzüglicher, reiner deutscher
Schäferhund
auf den Namen „Büro“ hörend, vorige Woche in der
abhanden gekommen. Vor Ankauf wird gewarnt.
Franz Wolfhausen, Nollern Nr. 11

Stegerwalds Realpolitik.

Die politischen Aufgaben des deutschen Volkes.
Der preussische Ministerpräsident Stegerwald
veröffentlicht in dem christlichen Gewerkschaftsblatt
„Der Deutsche“ einen bemerkenswerten Artikel über
die Aufgaben des deutschen Volkes in der nächsten
Zukunft. Alles werde von der einen Frage beherrscht:
wie kommen wir am ersten aus dem gegenwärtigen
Elend heraus.

Neben einer festen und zielbaren Innen- und
Außenpolitik sei eines der ersten Erfordernisse die
Stabilisierung der Mark. In diesem Winter müßte
Durchgreifendes geschehen. Die Reichsregierung
setze sich dabei von entscheidender Bedeutung.
Sie werde sich um so betrieblicheren Wesen lassen,
größer der Kreis ist, der zur politischen Verantwortung
mit herangezogen wird. Das Finanzprogramm
der Reichsregierung werde in der Hauptsache von fol-
gender Basis ausgehen haben: 1. Größter Aus-
gleich zwischen Besitz- und Massenver-
brauchssteuern; 2. Größerer Eingriff in
die Vermögenssubstanzen, der sich nicht auf
vermeiden lassen; 3. Ausreichende Beschaffung
von Devisen.

Mit Besitz- und Verbrauchssteuern im bisher
Sinn allein, auch mit der besonderen Ver-
stärkung der Goldwerte, ist die gewaltige Aufgabe nicht
zu erfüllen. Was die Reichsregierung braucht, ist
langfristige Kredite und ausländische De-
visen. Beide sind ohne oberwillige und übergründliche
Mithilfe der Exportindustrie und des Großhandels
nicht zu beschaffen.

Die Stunde sei gekommen, in der sowohl das
Reich wie auch Preußen seine Politik auf klä-
rere Sicht einstellen müsse. Reich und Preußen
können Uebergangsabstimmung nicht mehr gebrauchen. Es
aussetzung für jede Teilnahme an der Koalition sei
Anerkennung der Verfassung, ihre Vertretung mit
allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten hin
Ausbau der Verwaltung im Sinne und Geiste der
Verfassung. Dafür sei im Reich und Preußen eine
Mehrheit vorhanden, auch die Moralitäten zu ihrer
Zusammenfassung ließen sich finden.

Das Ende eines Doppelmörders. Der Bräun-
bauer Max Wolf aus Senftenberg, der vom Schwab-
gericht Kottbus im Januar dieses Jahres wegen Mordes
in zwei Fällen, begangen am 6. April 1908
bei Böhlitz an dem Fleischer Schädler und dem
Schlächter Hemmig aus Schönberg, zum Tode verurteilt
wurde, ist in Kottbus enthauptet worden.

Schließung einer Korfanthbank im Rheinland.
Die Niederlassung der polnischen Bank Brzecz-
kow in Oberhausen ist nach einer auf Veran-
lassung des Handelsministers vorgenommenen Unter-
suchung geschlossen worden. Gegen die Bank schwebt
ein Verfahren wegen Verstößen gegen das Kapital-
fluchtgesetz. Es soll sich, wie es heißt, um erhebliche
Kapitalverschiebungen handeln. In den Geschäftsjahren
wurden größere Mengen Gold und Silber ver-
schlagnahmt. Der Hauptzweck dieser polnischen Bank
die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nach
weitere Filialen, in Bielefeld und in Bielefeld
unterhält, ist Rosen. Einer ihrer Hauptaktionäre
Korfanth. (1)

Ausführungen Streikender in Steiermark.
Eiferner in der Steiermark demonstrierten 600 Arbeiter
wegen der Entlassung eines Arbeiters vor der
Direktionsgebäude und verlangten stürmisch die
Verhaftung des Entlassenen. Die Telefonanlage der
Ranzlei wurden eingeschlagen. Die Telefonanlage wurde
zertrümmert und der Direktor in den Hof geschleudert
und dort mißhandelt. Zwei Ingenieur wurden ebenfalls
mißhandelt. Gendarmerie stellte die Ordnung
wieder her.